Laurahütte-Siemianowitzer Zeitung

Erscheint Montag, Dienstag, Donnerstag und Sonnabend und kostet vierzehntägig ins Haus 1,25 Zloty. Betriebsstörungen begründen keinerlei Anspruch auf Rückerstattung des Bezugspreises.

Einzige älteste und gelesenste Zeitung von Laurahütte-Siemianowitz mit wöchentlicher Unterhaltungsbeilage.



Anzeigen nimmt die Geschäftsstelle dieser Zeitung entgegen. Die achtgespaltene Kleinzeile kostet je mm 10 Groschen, auswärtige Anzeigen je mm 12 Gr. Reklame-mm 40 Groschen. Bei gerichtl. Beitreibung ist jede Ermäßigung ausgeschlossen

Geschäftsstelle: Siemianowice (Śląskie), ulica Bytomska (Beuthenerstraße) 2

Fernsprecher Nr. 501 — Fernsprecher Nr. 501

Nr. 22 — Dienstag, den 7. Februar 1928 — 46. Jahrgang

Polnisch-litauische Verhandlungen in Kopenhagen?

Beginn am 25. Februar — Konflikt um den deutsch-polnischen Verhandlungsort — Wiederaufnahme der Verhandlungen mit Rußland?

Berlin. Nach Meldung eines Berliner Montagblattes aus Kowno, soll von maßgebender Stelle mitgeteilt worden sein, daß man bereit sei, am 25. Februar in Kopenhagen die Verhandlungen mit Polen zu beginnen.

Warschau oder Berlin?

Berlin. Die polnische Presse vom Sonntagmorgen erklärt übereinstimmend, daß die Nachricht von einer Verlegung der deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen nach Berlin nicht den Tatsachen entspreche. In den Abmachungen zwischen Dr. Stresemann und dem polnischen Sondergesandten, Direktor Jackowski, sei ausdrücklich Warschau als Verhandlungsort ausersehen. Dem ist entgegenzuhalten, daß in den seinerzeitigen Besprechungen zwischen dem Reichsaußenminister und dem polnischen Sondervertreter in Berlin ausdrücklich vereinbart wurde, daß ein Wechsel im Verhandlungsort eintreten könne. Immerhin scheint, wie bereits gemeldet, eine vollständige Verlegung der Verhandlungen zur Zeit nicht in Frage zu kommen, sondern man hat sich darauf beschränken wollen, zwei von den drei zur Zeit tagenden Kommissionen ihre Arbeiten in Berlin aufnehmen zu lassen.

Polnisch-russische Wirtschafts-Verhandlungen?

Warschau. Wie aus Kreisen, die der hiesigen Sowjetgesandtschaft nahe stehen, mitgeteilt wird, betraf eine gestern zwischen dem Minister des Aeußeren Zaleski, und dem Sowjetgesandten Bogomolow gepflogene Unterredung die Frage der neuerlichen Aufnahme von polnisch-russischen Handelsvertragsverhandlungen. Hierbei kam man überein, daß die Verhandlungen nicht als abgebrochen, sondern als zeitweise ausgesetzt anzusehen seien. In dieser Unterredung wurde jedoch nicht festgesetzt, ob die geplanten Handelsvertragsverhandlungen in Moskau oder Warschau geführt werden sollen

---

Die Wirtschaft Polens im Spiegel der Handelsbilanz

Das Defizit der polnischen Handelsbilanz betrug im Jahre 1927 insgesamt 380 Millionen Zloty oder 222 500 000 Goldfranken gleich über 44 Millionen Dollar und somit über 2/3 der amerikanischen Anleihe die Polen jüngst aufgenommen hat. Zwar wird nach Möglichkeit versucht, die Tatsache, daß gegenwärtig fast alle Staaten Europas gleichfalls ein beträchtliches Defizit der Handelsbilanz aufzuweisen haben, als Milderungsgrund für Polen anzuführen. Indes ist der Unterschied zwischen der passiven Handelsbilanz Polens und z. B. Deutschlands ungeheuer groß, denn nicht die Passivität der Handelsbilanz bildet die Hauptgefahr für die Gestaltung der Wirtschaftslage eines Landes, sondern die Passivität der Zahlungsbilanz. In andern Ländern wird das Defizit der Handelsbilanz durch eine ganze Reihe aktiver Positionen der Zahlungsbilanz ausgeglichen. In Polen dagegen ist die einzige bedeutendere aktive Position in der Zahlungsbilanz — eine Zeitlang spielten die Sendungen der Emigranten eine Rolle — so gut wie ausgefallen, und von andern Positionen (Zinsen von im Ausland untergebrachten Kapitalien, See- oder Transportfrachten, Reiseverkehr nach Polen) ist schon gar nicht die Rede. Im Gegenteil nehmen infolge der wachsenden Verschuldung im Ausland die dorthin gezahlten Kapitalzinsen zu und erhöhen so diese weitere passive Position der Zahlungsbilanz.

Auf diese Weise ist die polnische Handelsbilanz immer noch beinahe mit der Zahlungsbilanz identisch, und das um die ans Ausland gezahlten Zinsen erhöhte Defizit der Handelsbilanz ist fast gleichbedeutend mit dem Defizit der Zahlungsbilanz. Zweifellos ist die polnische Zahlungsbilanz infolge der amerikanischen Anleihe und des Zustroms gewisser Kredite in die Industrie- und Privatbanken gegenwärtig noch aktiv, aber ein weiteres Anhalten der passiven Handelsbilanz und die Zunahme der Defizite im bisherigen Tempo kann in kurzer Zeit diese „geliehene" Aktivität der Zahlungsbilanz erschüttern.

Unmittelbar nach Erlangung der amerikanischen Anleihe hatte man in Polen die Hoffnung, daß diese Anleihe alle Geldmärkte der Welt erschließen und einen starken Zustrom von Investitionskrediten für das polnische Wirtschaftsleben zur Folge haben würde. In diesem Falle hätte Polen während der Dauer dieses Zustroms von Krediten zwar eine „geliehene", aber immerhin aktive Zahlungsbilanz gehabt. Außerdem wäre die Möglichkeit vorhanden gewesen, mit Hilfe dieser Kredite eine weitgehende Rationalisierung der Produktion und eine Hebung der Exportfähigkeit derart durchzuführen, daß in Zukunft eine aktive Handelsbilanz und gleichzeitig auch ohne Zustrom weiterer Auslandskredite eine aktive Zahlungsbilanz garantiert gewesen wäre.

Die Hoffnungen hinsichtlich der Leichtigkeit der Erlangung weiterer Auslandskredite für Investitionszwecke sind indes keineswegs erfüllt worden, so daß Polen außer der Stabilisierung seiner Valuta vorläufig keinerlei Nutzen von der amerikanischen Anleihe gehabt hat. Es ist daher fraglich, ob bei dieser Sachlage überhaupt die Möglichkeit zur Durchführung der Modernisierung der Betriebe und Reorganisation des Wirtschaftslebens Polens vorhanden sein wird. Wenn das nicht in kurzer Zeit gelingt, wenn es nicht möglich sein wird, einen gewissen Ueberschuß in der Handelsbilanz zu erzielen, der zur Deckung der Zinsen und der Amortisation der bisherigen Kredite ausreicht, dann werden diese Kredite früher oder später erschöpft sein und lediglich eine passive Handels- und Zahlungsbilanz zurücklassen. Die gegenwärtig noch theoretische Gefahr aber kann durchaus real und naheliegend werden.

Die Passivität der polnischen Handelsbilanz — das Defizit im Dezember 1927 allein beträgt 60 463 000 Zloty oder 35 180 000 Schweizer Franken — wird seitens der polnischen Regierung mit der Notwendigkeit einer erhöhten Einfuhr von Maschinen, Geräten und anderen Werkzeugen begründet welche eben dem Ausbau und der Hebung des Niveaus der Inlandsproduktion dienen sollen. Das wäre eine durchaus verständliche Erscheinung, wenn nach einigem Anhalten der passiven Handelsbilanz die Ausfuhr dauernd steigende Tendenz aufweisen würde. Bemerkenswert ist jedoch der Rückgang der Ausfuhr von Metallen und deren Erzeugnissen, insbesondere von Zink, und ist ein Beweis für den Rückgang der Wettbewerbsfähigkeit in einem der wichtigsten Exportzweige Polens. Einen sehr beträchtlichen Rückgang weist auch die Ausfuhr von Lebensmitteln und Tieren auf, abermals also in zwei Hauptexportzweigen Polens. Auf der Einfuhrseite aber ist die Zunahme der Einfuhr von Kunstdünger angesichts der im Inlande vorhandenen ungeheuren Kalilager eine ungesunde Erscheinung.

Abgesehen von der grundsätzlichen Verschlechterung der polnischen Handelsbilanz im Vergleich zum November durch Erhöhung des Einfuhrwerts um 5 007 000 Goldfranken und Verminderung des Ausfuhrwerts um 7 986 000 Goldfranken muß als besonders ungünstige Erscheinung die Tatsache hervorgehoben werden, daß trotz der mehrere Monate anhaltenden Passivität der Handelsbilanz nicht nur keine Resultate der angeblichen Modernisierung der polnischen Produktionsstätten in Form eines steigenden Ausfuhrwertes zu sehen sind, sondern nicht einmal Anzeichen für eine bessere Gestaltung der Ausfuhr vorliegen. Ganz wie früher werden nämlich fast ausschließlich Rohstoffe und Halbfabrikate ausgeführt und dafür hochwertige Fertigfabrikate eingeführt. Das beweist am besten die Tatsache, daß 413 847 Tonnen Einfuhrwaren einen Wert von 275 896 000 Zloty darstellen, während der Wert von 1 663 684 Tonnen Ausfuhrware nur 215 433 000 Zloty beträgt. Diese Ziffern sind der beste Beweis dafür, daß auch auf diesem Gebiete keinerlei Besserung sichtbar ist und daß trotz Belastung des Landes und seiner Produktion mit bedeutenden Auslandskrediten alle Bemühungen in der Richtung der Veredelung der polnischen Rohstoffe und der Hebung der polnischen Ausfuhr bisher eigentlich keine Ergebnisse gezeitigt haben.

Frankreich und die Rheinlandräumung

Paris. In den Kommentaren zu den beiden Reden Stresemanns und der Antwort Briands, kommt das Bestreben der Franzosen zum Ausdruck, Frankreich für eine Räumung des Rheinlandes vor 1935 nicht nur eine vorzeitige Bezahlung der deutschen Reparationsverpflichtungen zu sichern, sondern auch die Zustimmung Deutschlands zu einer ständigen Kontrolle im Rheinland über 1935 hinaus zu sichern. Seydoux meint im „Petit Parisien", die beiden Minister hätten sich in loyaler und ausdrücklicher Weise ausgesprochen. Bei der Beurteilung der Rede Stresemanns dürfe man dessen Situation gegenüber den Deutschnationalen nicht außer Acht lassen. Im übrigen habe Stresemann zugegeben, daß die Frage der Räumung des Rheinlandes in den Locarnoverträgen nicht vorkomme und die Verträge an sich genau eingehalten wurden. Wenn Stresemann mit seinen Ausführungen die Zustimmung des ganzen Reichstages erzielen konnte, so sei dies ein deutlicher Beweis dafür, daß Deutschland den ernsten Willen habe, mit Frankreich in gutem Einvernehmen zu leben. Von einem Besetzthalten des Rheinlandes bis zur Zahlung des letzten Frankens sei natürlich keine Rede, aber von einer Räumung zu sprechen, bevor nicht gewisse Sicherheiten für die Durchführung des Dawesplanes bestehen, sei auch nicht angebracht. Briand habe mit einer nicht mißzuverstehenden Klarheit auf Artikel 213 des Versailler Vertrages hingewiesen, wonach sich Deutschland verpflichtet habe, sich jeder Investigation zu unterwerfen, die der Völkerbund mit Stimmenmehrheit als notwendig beschließt.

Die gleiche Frage behandelt Gauvin im „Journal" und schreibt, Deutschland habe das Prinzip der ständigen Elemente für die militärische Kontrolle im Artikel 213 des Versailler Vertrages verbunden mit Artikel 9 des Völkerbundspaktes angenommen. Wenn 1926 auf Drängen von London und Berlin der Völkerbundsrat Präzisierung für die „Elements stables" beschlossen habe, so sei damit die Durchführung derselben wohl erschwert, doch blieben die Elements stables auch weiterhin als Grundpfeiler für die Kontrolle und sie seien, solange der Versailler Vertrag in Wirklichkeit sei, keineswegs an eine Zeitgrenze gebunden. Die Kontrolle könne daher im Rheinland auch über 1935 hinaus durchgeführt werden, ohne daß hierfür der Versailler Vertrag abgeändert werden müsse.

Viktor Basch kommt bei der Besprechung der Räumung des Rheinlandes und aller zwischen Deutschland und Frankreich schwebenden Fragen zu dem Ergebnis, daß für alle diese Fragen einzig und allein die moralische Abrüstung Deutschlands ausschlaggebend sei. Sobald diese von der Mehrheit des deutschen Volkes und auch von der deutschen Regierung bewiesen worden sei, würden sich alle Schwierigkeiten der deutsch-französischen Annäherungspolitik von selbst beheben.

---

50 Milliarden als endgültige Reparationssumme?

Berlin. Der „Montag" gibt eine Meldung der „Newyork Times" aus Paris wieder, nach der Parker Gilbert, als er von der Reparationskommission sprach, an 50 Milliarden Goldmark als endgültige Reparationssumme gedacht habe, obwohl er die Summe nicht ausgesprochen habe. Als der Reparationsagent daraufhin aus Kreisen der Reparationskreise darauf aufmerksam gemacht worden ist, daß es Sache der Alliierten Regierung sei, die Endsumme festzusetzen, habe er geantwortet, daß er seinen Pflichtenkreis nicht überschritten hätte und daß er sehr wohl wisse, daß die Alliierten Regierungen für die Festsetzung der Endsumme zuständig seien. Da er aber als Reparationsagent für die Ausführung des Dawesplanes verantwortlich sei, habe er auch das Recht darauf aufmerksam zu machen, daß Deutschlands Auslandkredit unter der Unsicherheit leide, die darin bestehe, daß es immer noch nicht wisse, was es endgültig zu zahlen habe.

Zum Rigaer „Putsch"

Der Armeekommandeur soll nicht mehr auf seinen Posten zurückkehren.

Riga. Im Zusammenhang mit den sensationellen Enthüllungen über einen gegen die zurückgetretene Linksregierung geplanten Militärputsch verlangten die Sozialdemokraten kategorisch den Rücktritt des lettländischen Armeekommandeurs General Radsin. Die Führer der linken Sozialdemokraten, die ehemaligen Minister Zeelen und Holm hatten gestern abend eine diesbezügliche Unterredung mit dem Staatspräsidenten. Wie das Ministerium in diesem Zusammenhang erklärt, sei es verfrüht, von einer Entlassung Radsins zu sprechen. Dennoch verlautet aus sicherer Quelle, daß General Radsin nach Ablauf des ihm gewährten Urlaubs nicht mehr auf seinen Posten zurückkehren wird, doch soll sein Rücktritt nicht mit der von der Linken entdeckten Putschaffäre sondern mit seinem in der letzten Zeit stark „erschütterten" Gesundheitszustand im Zusammenhang stehen.

Dr. Hlonds Verständigungsreise

Kardinal Erzbischof Hlond, der Primas von Polen in München.

München. Der Primas von Polen, Kardinal Erzbischof Hlond, der auf der Rückreise von Rom, wo ihm der Papst den Kardinalshut aufgesetzt hat, eine Reihe von Besuchen bei deutschen Kirchenfürsten vornehmen wird, traf gestern abends 8,20 Uhr in München ein und wurde auf dem Bahnhof vom päpstlichen Nuntius und vom Kardinal Faulhaber, vom poln. Generalkonsul, dem deutschen Provinzial der Salesianer und einer Reihe anderer Persönlichkeiten empfangen. Er begab sich sofort zur Anstalt der Salesianer in München, wo er Wohnung nahm und von den Zöglingen der Anstalt jubelnd begrüßt wurde. Heute früh 8 Uhr hielt der Kardinal den Gottesdienst in der Anstalt ab, die er dann mit ihren Einrichtungen einer eingehenden Besichtigung unterzog. Mittags war er Gast bei Kardinal Faulhaber und stattete auch dem neuen Regensburger Bischof Dr. Buchberger, der gegenwärtig noch in München weilt, einen Besuch ab.

Um die deutsche Sprache

In der Sonnabend-Sitzung des Verwaltungsrats des internationalen Arbeitsamtes brachte der deutschösterreichische Arbeitervertreter Huber namens der Arbeitergruppe den bereits angekündigten Antrag der Einführung des Deutschen als dritte Amtssprache für die internationale Arbeitskonferenz ein. Der französische Gewerkschaftsführer Jouhaux begründete diesen Antrag mit dem Hinweis auf die Wichtigkeit der deutschen Sprache für die gesamte Arbeiterschaft und erinnerte daran, daß die Anregung zu diesem Antrag auf der Berliner Tagung des internationalen Gewerkschaftsbundes von britischer Seite ausgegangen sei. Der Antrag wird von der gesamten Arbeitergruppe im Verwaltungsrat unterstützt. Bestimmungsgemäß geht er zunächst an die Geschäftsordnungskommission.

Der Wahlkampf beginnt mit Verhaftungen

Die Vertreter der Unabhängigen Sozialistischen Partei in Bromberg, Zacharjasiewicz und Waul sind auf Befehl der Staatsanwaltschaft verhaftet und nach dem Untersuchungsgefängnis gebracht worden. Sie werden des Staatsverrats bezichtigt, da in ihren Reden auf Vorwahlversammlungen und in Wahlaufrufen staatsfeindliche Tendenzen erblickt werden.

In Czenstochau ist ein gewisser Jankowski, Führer der P. P. S.-Linken, verhaftet worden, der in Lodz und auf dem Gebiete der Wojewodschaft Lodz eine energische Wahlpropaganda zugunsten der kommunistischen Listen betrieben hat. Seine Verhaftung erfolgte auf einer Vorwahlversammlung in Petrikau.

In Posen wurde gestern nachts der Führer der P. P. S.-Linken, Alfred Bem verhaftet. Die Verhaftung erfolgte auf dem Bahnhof, als Bem von einer Agitationsreise zurückkehrte.

Vor einigen Tagen wurde der ehm. Abgeordnete Dubrowski von der Piastenpartei verhaftet, er wurde wieder auf freien Fuß gesetzt. Er ist jedoch unter Polizeiaufsicht gestellt worden.

120 Kommunisten verhaftet

Berlin. Nach Meldungen der Berliner Montagblätter ist es anläßlich der Sonntags-Stahlhelmkundgebung, infolge der umfassenden Maßnahmen der Polizei nur zu geringfügigen Störungsversuchen durch die Kommunisten gekommen. Wegen Nichtbefolgung der polizeilichen Vorschriften und Beleidigung politisch Andersdenkender wurden 120 Kommunisten verhaftet.

Titulescu verteidigt die italienische Politik

London. Im Verlaufe eines Interviews des rumänischen Außenministers mit einem Pariser Korrespondenten, gab der rumänische Außenminister Erklärungen zu zwei aktuellen Fragen ab. Titulescu betonte, daß er nach seinen Besprechungen mit Mussolini überzeugt sei, daß Italien innerhalb des Rahmens der nach dem Kriege abgeschlossenen Verträge aufrichtig für den europäischen Frieden arbeite. Weiter betonte Titulescu, daß Rumänien die Politik der Staaten der kleinen Entente bezüglich der Völkerbundsaktion in der Angelegenheit der Maschinengewehrfunde an der ungarischen Grenze nicht nur pflege, sondern daß er den von Dr. Benesch vorgeschlagenen Text bereits am 19. Januar vor seiner Abreise nach Rom unterzeichnete.

Der „Observer" tritt für die Rheinland-Räumung ein

London. Der „Observer" betont in einem kurzen Kommentar zu den Reden Dr. Stresemanns und Briands in der vergangenen Woche, daß die Erklärungen erneut den Vorhang vor einer alten Szene lüfteten. Erneute Diskussionen dieser Art könnten keinen Schaden anrichten. Locarno und gesunder Menschenverstand, beide in gleichem Maße hätten seit langem die vollständige Räumung des Rheinlands bedingt.

Haiti protestiert gegen Lindberghs Besuch

London. Nach Meldungen aus Neuyork ist in Haiti eine Boykottbewegung gegen den Montag erfolgenden Besuch von Oberst Lindbergh entflammt. Die dortige Zeitung „Courrier Haitien" fordert alle Bewohner Haitis auf, der Ankunft Lindberghs keine Beachtung zu schenken, da Lindbergh als Vertreter



der amerikanischen Regierung, nicht als Freund der Bewohner Haitis anzusehen ist. Die Zeitung „The Haytian" erklärt, daß Lindbergh mit allem seinen Ruhm begraben wäre, wenn die amerikanische Regierung ihn nicht zu Geschäftsmachereien benutzt hätte. So sei Lindbergh nichts anderes, als der Reisende der amerikanischen Regierung.

In amerikanischen Kreisen ist man über die Haltung höchst beunruhigt, da man gewisse Rückwirkungen auf die gegenwärtig in Havanna tagende Panamerikanische Konferenz befürchtet. Ebenso hat sich die Entwicklung dadurch noch kompliziert, daß Präsident Borno, dessen Position von den amerikanischen Marinestreitkräften gestützt wird, die gewaltsame Schließung des „Cirole Bellvas", eines sozialistischen Clubs, angeordnet hat.

Der Lemberger Ukraine-Prozeß

Lemberg. Im Lemberger Ukraine-Prozeß wurde während der letzten drei Tage das Verhör der 17 Angeklagten, 12 Männer und 5 Frauen, fortgesetzt. Unter den 12 Schöffen befindet sich kein Ukrainer, aber einige polnische Beamte. Als Nebenkläger fungiert der Vertreter der Familie des Sobinski, Dr. Przygorski, der zugleich Vorsitzender des polnischen Verbandes zur „Verteidigung Lembergs" ist. Die Angeklagten Ukrainer werden von 6 ukrainischen Rechtsanwälten unter Leitung des bekannten Dr. Stomosolski, des früheren Professors an der Universität Krakau, verteidigt. Die Anklage ist ausschließlich auf Berichten von Polizeiagenten aufgebaut.

Macdonalds Kampf um Neuwahlen

London. Macdonald hat sich in schärfster Form gegen den erneuten Versuch des Kabinetts Baldwin gewandt, den Wahltermin hinauszuschieben. In einer Massenversammlung Südwaliser Bergarbeiter erklärte Macdonald, daß die am Dienstag beginnende Session des Parlaments „unbedingt die letzte" sein werde. Die Regierung möge den Versuch unternehmen, noch eine Herbsttagung zu beginnen. Sie werde aber niemals in der Lage sein, noch eine Session außer der kurzen Frühjahrs-Session zu Ende zu führen. Churchill, der anscheinend im Kabinett am nachdrücklichsten zugunsten einer Verschiebung des Wahltermins eintritt, erklärte, daß wahrscheinlich nicht vor 1920 gewählt werden würde, weil die neuen weiblichen Wählerinnen in den Wahllisten eingetragen werden müßten. Da die alljährliche Revision der Listen aber am 1. Oktober abschließen sein muß, würde Churchills Erklärung Herbstwahlen nicht ausschließen.

Keine Verlegung des Völkerbundssitzes nach Wien

Wien. Wie der Vertreter der Telegraphen-Union erfährt, entbehren die Gerüchte über eine Verlegung des Völkerbundes nach Wien umsomehr jeder Grundlage, als eine derartige Anregung von irgendwelcher offizieller Seite nicht an die österreichische Regierung gelangt ist, noch jemals von der österreichischen Regierung irgendeiner Macht gegenüber ausgesprochen wurde.

Verantwortlicher Redakteur: Reinhard Mai in Kattowitz.
Druck u. Verlag: „Vita", naklad drukarski, Sp. z ogr. odp Katowice, Kościuszki 29.

Laurahütte u. Umgebung

=o= Die Militär-Stammrolle des Jahrganges 1907 liegt vom 1. bis 15. Februar 1928 im hiesigen Amtsgebäude (Zimmer Nr. 10) während der Dienststunden zur allgemeinen Einsicht aus. Die Gestellungspflichtigen, die in genannter Stammrolle ausgelassen oder unrichtig eingetragen worden sind, sind verpflichtet, sich innerhalb oben genannten Zeitraumes im hiesigen Amtsgebäude zwecks nachträglicher Eintragung oder Berichtigung zu melden. Zu diesem Zwecke sind entsprechende Dokumente, auf Grund welcher die Berichtigungen vorgenommen werden sollen, mitzubringen. Gestellungspflichtige, die sich zwecks nachträglicher Eintragung oder Berichtigung innerhalb oben genannten Zeitraumes nicht gemeldet haben, werden gemäß der bestehenden Strafbestimmungen zur Verantwortung gezogen.

=o= Die Meisterprüfung im Bäckergewerbe bestand vor dem Starosten Dr. Seider in Kattowitz der Bäckergeselle G. Pella aus Bytkow.

=o= Ausschreibung. Zur Neueinrichtung von Klosettanlagen in der Schule im. G. Piramowicza, ul. Stabika, sind die Teilungswände, Fenster und Türen zu vergeben. Unterlagen werden im hiesigen Bauamt, Zimmer Nr. 22, während der Dienststunden kostenlos abgegeben. Angebote mit Preisen und Unterschrift sind geschlossen mit der Aufschrift „Angebote an Tischlerarbeiten für die Abortanlagen der Schule im. G. Piramowicza" bis zum 15. Februar 1928 einzureichen.

=o= Standesamtsnachrichten. Vom 28. Januar bis zum 3 Februar 1928 sind in Siemianowitz 10 Knaben und 8 Mädchen geboren worden. Gestorben sind: Janta Eva, 1 Stunde 30 Minuten alt; Braitkopf Hermann Hubert, 1 Jahr 9 Monate alt; Kozur-Klemens, Bergmann, 21 Jahre alt; Kaczmarczyk Katharine, geborene Zurochnik, Ehefrau, 29 Jahre alt; Cieluch Franz, Sattler, 19 Jahre alt; Bula Anton, Kaufmannsgehilfe, 18 Jahre alt.

=o= Faschingsvergnügen des Katholischen Gesellenvereins Siemianowitz. Am Donnerstag, den 2 Februar, veranstaltete der hiesige katholische Gesellenverein unter reger Beteiligung seiner Mitglieder und deren Angehörigen sein diesjähriges Faschingsvergnügen in den Räumen des Prokattaschen (früher Ernerschen) Lokales ab. Eine selten ausgelassene Stimmung hielt die Erschienenen bis in die frühen Morgenstunden zusammen. Nur erregte es allgemeines Befremden, daß der Präses des Vereins, Herr Kaplan Kaluza überhaupt nicht erschienen ist.

=o= Einbruchsdiebstahl. In der Nacht vom 28. Januar sind auf der Mazurube in Michalkowitz Diebe eingedrungen und stahlen eine Kassette mit 390 Zloty. Die Polizei hat die Ermittelungen nach den Einbrechern aufgenommen.

Gottesdienstordnung:

Kath. Pfarrkirche St. Antonius, Laurahütte.

Dienstag, den 7. Februar 1928.

6 Uhr: für verst. Franz und Karl Pradellok.
6½ Uhr: für das Brautpaar Zur und Pradellok.

Katholische Pfarrkirche Siemianowitz.

Dienstag, den 7. Februar 1928.

Für die Brautleute Labryga und Dominiok.
Für die Familie Majewski als Danktagung.
Für verst. Emanuel Gwozdz und Agnes Maszczyk, Verw. Gwozdz und Maszczyk.
Um 9 Uhr: Primizfeier des Neupriesters Alois Dylla.

Rundfunk

Gleiwitz Welle 250 — Breslau Welle 322,6

Allgemeine Tageseinteilung:

11.15: Wetterbericht, Wasserstände der Oder und Tagesnachrichten 12.15—12.55. Konzert für Versuche und für die Industrie. 12.55 Nauener Zeitzeichen. 13.30. Zeitansage Wetterbericht, Wirtschafts- und Tagesnachrichten 13.45—14.45 Konzert auf Schallplatten. 15.30 Erster landwirtschaftlicher Preisbericht und Pressenachrichten 17: Zweiter landwirtschaftlicher Preisbericht (außer Sonnabend). 18.45: Wetterbericht und Ratschläge fürs Haus 22. Zeitansage. Wetterbericht, neueste Pressenachrichten und Sportfunkdienst

Montag, den 6. Februar: 16.30—18.00: Walzer-Nachmittag. — 18.00: Uebertragung aus Gleiwitz: Stunde des Oberschlesiers. — 18.30: Abt. Wirtschaftsgeschichte. — 19.00. Dritter Wetterbericht, anschließend Funkwerbung. — 19.05—19.35: Die Uebersicht. — 19.45—20.10: Blick in die Zeit. — 20.10—21.10: Uebertragung aus Gleiwitz: Erinnerung an Wien. — 21.10: Symphonie jüngster Dichtung. Anschließend: die Abendberichte und Berichte des Deutschen Landwirtschaftsrats.